
Cathrin Friedrich

„Gaudeant historiae“ – Die deutschen Historikertage in den 1920er Jahren

Nach einer Pause von elf Jahren fand vom 30. September bis zum 4. Oktober 1924 die „Vierzehnte Versammlung deutscher Historiker zu Frankfurt am Main“ und damit der erste deutsche Historikertag nach dem Ersten Weltkrieg statt. Noch immer behinderte die wirtschaftliche Nachkriegssituation die deutsche Wissenschaft, die bereits während des Krieges empfindlich hatte zurückstecken müssen, in ihren Möglichkeiten und hatte ein sofortiges Wiedereinsetzen der Kongresse unmöglich gemacht. Wegen der unruhigen politischen Verhältnisse im Ruhrgebiet und aufgrund der im besetzten Gebiet nicht garantierten „Gewähr für die notwendige, unbedingte Redefreiheit“¹ war der ursprünglich bereits für Ostern 1923 in Köln geplante Historikertag vom Verbandsausschuß² nochmals verschoben und nach Frankfurt verlegt worden.³

Die Wiederaufnahme regelmäßiger Tagungen nach der langen Phase des Aussetzens wurde weithin als besonders wichtig empfunden. Dies belegen schon die im Vergleich zur Vorkriegszeit bemerkenswert angestiegenen Besucherzahlen des Historikertages in Frankfurt.⁴

Zunächst bedeutete eine solche Re-institutionalisierung nicht nur wegen des erweiterten Publikums einen großen organisatorischen Aufwand, denn es mußten ein erneuerter Organisationsausschuß berufen und der durch den Krieg um 88 Mitglieder reduzierte Historikerverband selbst neu aufgebaut werden. Sie barg allerdings auch die Chance, manche seit mittlerweile drei Jahrzehnten eingefahrenen Strukturen zu prüfen, sowohl bei der Auswahl der vorzutragenden wissenschaftlichen Inhalte, als auch hinsichtlich der äußeren Formen, beispielsweise der Neuwahl des Vorstandes, für den jüngere Wissenschaftler sicherlich einen Gewinn bedeutet hätten. Die Mitgliederzahl des Vorstandes war durch turnusmäßiges Ausscheiden sowie den Tod von fünf Vorstandsmitgliedern von einst zwanzig auf sieben reduziert worden. Der neu gewählte Vorstand sollte wiederum aus sechzehn plus vier kooptierten Mitgliedern bestehen. Es ist kaum verwunderlich, daß die Mitgliedschaft der Herren, die sich bereits vor dem Krieg im Vorstand befanden, trotz der weit über den Wahlturnus fortgeschrittenen Zeit und trotz der gravierenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in keinerlei Hinsicht in Zweifel gestellt wurde. Gleichmaßen wurde bei der Neuwahl der übrigen Mitglieder ganz offensichtlich

weitaus stärker auf das namentliche Renommee des jeweiligen Historikers in der Zunft geachtet als auf von ihm zu erwartende wissenschaftliche Innovationsanstöße.⁵ Daß sich somit an der traditionellen Struktur der Kongresse von vornherein schwerlich etwas wesentliches ändern konnte, war offenbar beabsichtigt und hatte mit dem Bedürfnis nach Kontinuität in einer durch radikale politische und soziale Veränderungen gekennzeichneten Gegenwart zu tun.

Welche Erwartungen hegten nun die Besucher des Kongresses?

Zum ersten hatten die Wissenschaftler während des Krieges selbstredend *das* regelmäßige nationale Forum innerfachlicher Diskussion vermißt. Auf dem Historikertag wollte man sich jetzt über neue Forschungsthemen und -stände informieren. Gleichzeitig bot die Versammlung eine einzigartige öffentliche Gelegenheit zur Artikulation politischer Bekundungen, die insbesondere auf die im Gefolge des Versailler Vertrages entstandene „Kriegsschuldfrage“ rekurrierten. Für die folgenden Historikertage wirkte bereits die Wahl der Veranstaltungsorte Breslau und Graz als unmißverständliche politische Demonstration. Beide Aspekte, wissenschaftlicher und politischer, lassen sich nur sehr schwer voneinander trennen und sollen daher im folgenden auch im Zusammenhang betrachtet werden.⁶ Zum zweiten – und dies ist nicht zu unterschätzen – ergab sich auf dem Historikertag die Chance, während des zwanglosen geselligen Beisammenseins im erweiterten Kollegenkreis Erfahrungen mit den Schwierigkeiten der Wissenschaftsorganisation unter neuen politischen und sozialen Bedingungen auszutauschen.

I.

Die deutsche Geschichtswissenschaft stand nach dem Ende des Ersten Weltkrieges politisch diskreditiert und international weitgehend isoliert da. Einen wichtigen Grund dafür bildete die Tatsache, daß sich bekanntermaßen eine große Zahl von Historikern während des Krieges auf die Produktion politisch-propagandistischer Schriften konzentriert und damit die im traditionellen Selbstverständnis des deutschen Gelehrten verankerte Zurückhaltung gegenüber Partei- und Tagespolitik endgültig hintangestellt hatte.⁷ Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Situation in den Jahren nach Kriegsende häufig die Kenntnisnahme internationaler Forschung nicht zuließ, weil die Mittel für den Erwerb ausländischer Zeitschriften und Bücher fehlten. Es mußte also um so mehr im Interesse der Teilnehmer des Historikertages liegen, zumindest die nationalen Kontakte und den Disput über neue Forschungsergebnisse wieder regelmäßig und organisiert aufleben zu lassen. Dies war um so stärker motiviert durch das Bedürfnis, die Qualität der deutschen Historiographie auch nach außen hin zu demonstrieren.

ren, um ihr geschwundenes Selbstbewußtsein aufzupolieren und an ihre internationale Wirkung vor dem Krieg wieder anzuknüpfen. War es doch neben den nationalpädagogischen Bestrebungen durchaus die Intention der meisten Wissenschaftler gewesen, die Forschung und deren Organisation an den Universitäten, Akademien und Historischen Kommissionen sowie die wissenschaftliche Kommunikation fortzuführen – zumindest formal so weit wie möglich unbeeinträchtigt von Krieg und Politik. Inzwischen, so versicherte Georg Küntzel der Empfangsversammlung, könne man sehr wohl wieder in der starken Gewißheit leben, „daß die ausländische Wissenschaft uns nicht weniger wie wir sie nötig hätte“.⁸ Dieser sowohl wissenschaftlich als auch politisch gemeinte Anspruch läßt nach den Inhalten fragen, die dem Fachpublikum als die für die zwanziger Jahre repräsentativen Themen offeriert wurden.

Die Historiographie hatte sich seit der Krise des klassischen Historismus am Ende des 19. Jahrhunderts teilweise modernisiert und neuen Fragestellungen geöffnet.⁹ Die Beteiligung einer Vielzahl junger Historiker am Historikertag sowie der durch die Geschichtslehrer erweiterte Teilnehmerkreis hätten eine Reihe von Möglichkeiten geboten, dessen üblicherweise von den prominenten, zumeist dem historiographischen Mainstream verhafteten Wissenschaftlern dominiertes Programm mit alternativen Auffassungen zu durchsetzen. Zwar war kaum anzunehmen, daß sich nur wenige Jahre nach einem gesellschaftlichen Umbruch wie der Revolution von 1918 postwendend ein sprunghaft angestiegenes wissenschaftliches Modernitätsbewußtsein herausstellen würde, das sich in einem alsbaldigen expliziten Auftreten gegen inhaltliche und methodische Traditionen äußerte.¹⁰ Nach der langen Pause des Krieges hätte man allerdings zumindest eine Reflexion der Geschichtswissenschaft auf sich selbst erwarten können, zum Beispiel auf innerfachliche Differenzierungen, auf das Verhältnis zu Nachbardisziplinen wie der Nationalökonomie oder der sich gerade professionalisierenden Soziologie, auf Fragen der Theorie und Methodik usw. Betrachtet man die Themen und Texte der Vorträge, so fehlt ein solcher kritischer Blick auf den eigenen Entwicklungsstand im Gegensatz zu den Kongressen vor dem Ersten Weltkrieg fast völlig.

Was war neu an den Vorträgen – inwieweit öffnete sich der Historikertag als Institution für die Präsentation nicht nur etablierter, sondern auch diskussionsträchtiger und innovativer Ansätze?

Einen für einen Historikertag „wohl beispiellosen Durchsetzungserfolg einer innovativen historiographischen Richtung“¹¹ bildete 1924 die Aufwertung der vulksums- und landesgeschichtlichen Forschungsbemühungen. Seit 1894 hatten die landesgeschichtlichen Publikationsinstitute regelmäßig zusammen mit dem Historikertag konferiert, ohne wirklich wei-

terführende Anregungen geben zu können. 1924 nun konnte der ständige Sekretär des Verbandes und Leiter des Leipziger Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde, Rudolf Kötzschke, in seinem Vortrag über „Nationalgeschichte und Landesgeschichte“ darauf hinweisen, daß bereits vor, besonders aber nach dem Krieg „die Organisation der landesgeschichtlichen Institute immer mehr ausgebaut“ worden sei und inzwischen „der geographische Faktor in der Geschichte“ weitaus mehr betont werde.¹²

Auf derselben Sitzung präsentierte Hermann Aubin eine Ausstellung zur historischen Kartographie der Rheinlande, die offenbar große Aufmerksamkeit und einhellige Zustimmung hervorrief. In der Erläuterung seiner methodologischen Vorschläge in einem längeren Referat stellte Aubin historische Karten als effiziente Darstellungsmittel vor, die seiner Auffassung nach „die großen historischen Bewegungslinien in der Landschaft und umgekehrt die Beharrungsräume deutlich hervortreten ließen“. Der kartographische Vergleich von Flurformen, Ortsnamen, mundartlichen Gepflogenheiten usw. über einen historischen Zeitraum erlaube die genügende Einsicht in den kulturellen Aufbau einer Landschaft.¹³ Interessanterweise rief diese Konzeption, die insbesondere eine Absage an die traditionelle dynastiegeschichtlich arbeitende Landesgeschichte darstellte, im Grunde aber sogar die gesamte narrative Ereignisgeschichte in Frage zu stellen drohte, beim Historikertag keine Methodendiskussion hervor. Im Gegenteil, sie wurde auch von den ereignisgeschichtlich orientierten Historikern positiv aufgenommen — paßte sie doch problemlos in die insgesamt stark nationalpolitisch geprägte Stimmung der Versammlung.

Man hatte seit 1893 immer ausdrücklich betont, daß Politik auf dem Historikertag nichts zu suchen habe. Nun, so Georg Küntzel in seiner Begrüßungsrede, wolle und könne man sie nicht mehr ausklammern — es gebe schließlich „unter den tiefgreifenden Umwälzungen der Gegenwart... auch im Bereich der geschichtlichen Wissenschaft nichts, was nicht irgendwie mit den großen Belangen unseres Vaterlandes, die wir alle im Herzen tragen, zusammenhänge.“¹⁴ So war auch Aubin zwar einerseits in methodisches Neuland vorgestoßen und hatte implizit Verfahren angemahnt, „die eine Analyse transpersonaler, überstaatlicher Geschichtsverläufe gewährleisten konnten“,¹⁵ unterstrich aber im gleichen Atemzug, historische Karten legten „auf einen Blick das Recht unseren staatlichen und nationalen Ansprüche klar vor aller Welt dar“,¹⁶ und ließ sich somit gleichzeitig von den weitgehend auf die historische Erklärung politischer Zeitphänomene reduzierten wissenschaftlichen Ambitionen der Teilnehmer des Historikertages vereinnahmen.

Viele der Referate des Frankfurter Historikertages stehen noch weitaus stärker im Zeichen der Herausforderung, die die deutsche Historiographie

in der schweren Kriegsniederlage und ihren gravierenden staatlichen, kulturellen und sozialen Folgen zu erkennen glaubte. Dabei widersprach das moralisch-legitimierende Motiv der Klärung derartig knapp zurückliegenden zeitgeschichtlicher Ereignisse eigentlich der historischen Sicht auf das Geschehen. Dennoch verleitete die Betroffenheit über die deutsche Situation viele Teilnehmer zu auf verschiedenen Reflexionsniveaus liegenden, häufig auch subjektiven Äußerungen, bei denen wissenschaftlicher und politischer Anspruch vermischt waren. Deutlich sprach Studienrat Meyersahm, ein Referent der parallel ablaufenden Geschichtslehrertagung, der Versammlung aus dem Herzen: „Kriegerische Waffen fehlen uns zur Zeit. Deshalb müssen wir die Waffen des Geistes benutzen. Und die holen wir uns aus der Geschichte unseres Landes, aus der Geschichte des Grenzkampfs.“¹⁷

1924 war lediglich ein einziger Vortrag der auf vergangenen und folgenden Kongressen weitaus stärker vertretenen Alten Geschichte gewidmet (Eduard Meyer). Dagegen gab es Themen wie „Das geschichtliche Verhältnis Frankreichs zu dem Saargebiet“ (Albert Ruppertsberg), „Die geschichtliche Entwicklung des böhmisch-mährischen Deutschtums“ (Berthold Bretholz) oder „Zentralismus und Partikularismus als geschichtliche Kräfte“ (Harold Steinacker). Ganz im Sinne der Tradition der deutschen Gelehrtenpolitik, die den Anspruch vertrat, „die universale, von materiellen Interessen freie Wahrheit im Hinblick auf die Politik zur Geltung zu bringen“¹⁸ vermeinte die Historiographie einen öffentlichen Anspruch auf Erklärung der Gegenwartsprobleme und somit erneut eine nationalpädagogische Aufgabe zu erkennen. Auffallend dabei ist, daß weniger der Protest der Historiker gegen die neuen politischen Strukturen der Weimarer Republik die politischen Ambitionen bestimmt. Daran ändert auch z. B. Heinrich Ritter von Srbiks Analyse der politischen Persönlichkeit Metternichs wenig, die man durchaus als Plädoyer gegen politische Oberflächlichkeit (sprich: gestiegene Professionalität des Politikers der Weimarer Zeit) lesen kann.¹⁹ Der Historikertag erscheint geprägt von einer Historikergeneration, die noch in der Welt gesicherter obrigkeitsstaatlicher Ordnung des Wilhelminischen Kaiserreichs sozialisiert worden war und dort so viel gesellschaftliche Sicherheit gewonnen hatte, daß sie jetzt ihre innenpolitischen Irritationen zurückstellen konnte, um den Blick auf das Wichtige zu lenken: Deutschlands Rehabilitation in seiner Weltmachtstellung. Wie insbesondere Bernd Faulenbach in seinem Werk zur Historiographie der Weimarer Republik²⁰ gezeigt hat, bildeten die Ereignisse von 1918/19 für die traditionalistischen deutschen Historiker keine radikale Zäsur, sondern ihre Mehrzahl ließ auch nach 1918 eine Stabilität der historisch-politischen Konzeption erkennen. Wurzeln in der Vorstellung vom

besonderen deutschen Weg unter den europäischen Staaten stand in deren Mittelpunkt nach wie vor der Primat der Außenpolitik: die Stellung des Deutschen Reiches im europäischen und weltpolitischen Machtgefüge. Hier galt es für die nächste Zukunft, die internationale Ehre wiederherzustellen und Deutschland von der durch den Versailler Vertrag festgesetzten Alleinschuld reinzuwaschen.

In diesem Sinne bildete das Referat des Leipziger Neuzeithistorikers Erich Brandenburg einen zentralen Vortrag in Frankfurt. Brandenburg forschte seit drei Jahren zur Geschichte der deutschen Außenpolitik der Vorkriegszeit, und sein Buch „Von Bismarck zum Weltkriege“ war soeben erschienen. Er hatte damit in der Flut der propagandistischen Literatur zur „Kriegsschuldfrage“ einen der wenigen Beiträge mit hohem wissenschaftlichen Anspruch vorgelegt²¹, was der Historikertag offenbar würdigen wollte. Für diesen Anlaß faßte Brandenburg seine Thesen zu einem Vortrag über „Die Ursachen des Weltkrieges“ zusammen,²² über dessen Wirkung seine Frau Hanna später in einem Brief an den Schweizer Historiker und Schüler Brandenburgs, Werner Kaegi, berichtete: „Sie hätten nur sehen müssen, wie die jungen Historiker immer Schlage standen, um an meinen Mann heranzukommen und ihm die Hand zu drücken.“ Küntzel habe „ihn als einzigen Nachfolger Rankes gefeiert, niemand arbeite wie er im Rankeschen Geiste und in Rankescher Idee.“²³ In der Tat fand Brandenburg in Frankfurt „bei Fachwelt und Presse besonders aufmerksame Zuhörer“²⁴, was wohl vor allem der Tatsache geschuldet war, daß sich die Mehrzahl des Publikums mit dem grundsätzlich kritischen Resümee einverstanden erklären konnte, zu dem Brandenburg über die Personenpolitik der deutschen Vorkriegszeit gelangt war. Fand doch eine nationale Selbstkritik der meisten Historiker ohnehin nur im Sinne eines Negativurteils über die Unfähigkeit der Vorkriegspolitik zu adäquater Europa- und Machtpolitik statt. „Was dabei gar nicht zu Worte kam“, kritisierte Gerhard Ritter bereits 1953, „war eine Selbstbesinnung auf die innören Schwächen des versunkenen Kaiserreichs, auf die Gefahren des übersteigerten Nationalismus und auf die Dämonie der Macht; denn Friedrich Meinecke, der einen Vortrag über die ‘Idee der Staatsräson’ angekündigt hatte, sagte leider im letzten Augenblicke ab, und die dadurch entstehende Lücke konnte auch durch Srbiks besinnliche Ausführungen über den Ideeengehalt des Metternichschen Systems nicht ausgefüllt werden.“²⁵

Die Erschütterung über die deutsche Kriegsniederlage kanalisierte sich in der Ablehnung des Artikels 231 des Versailler Vertrages, in dem die „Alleinschuld“ Deutschlands festgeschrieben war. Die vermeintliche Ungerechtigkeit dieses Paragraphen bot den in der Mehrzahl auch politisch engagierten Historikern die Möglichkeit, die Diskussion um die deutschen

Ziele während des Krieges nun durch die Frage nach der wahren Schuld am Kriege zu ersetzen und damit den prekären Anachronismus vieler Argumente in der Kriegszieldiskussion während der letzten Kriegsjahre – und somit die eigentlich anstehende Selbstkritik – zu übergehen. Der Historikertag konnte dabei sowohl wissenschaftliches Refugium sein, in dessen Schutz man sich vor den gesellschaftlichen Wirbelstürmen außerhalb zurückziehen konnte, als auch geeignetes Forum²⁶, von dessen Öffentlichkeitswirksamkeit man sich durchaus nachhaltigen politischen Einfluß versprach. Besonders der Vortrag Erich Brandenburgs gab die Gelegenheit, eine Art politischen Schnitserfluß zu praktizieren. Die Versammlung veröffentlichte im Anschluß eine Erklärung, die die Entscheidung in der „Frage nach der schuldhaften Verantwortlichkeit einzelner Völker, Länder, Parteien oder Personen“ von der „Öffnung der Archive der am Krieg beteiligten Mächte“ abhängig machte.²⁷ Mit der Forderung nach mehr Wissenschaftlichkeit hatte man hier geschickt ein sehr politisches Bekenntnis abgegeben.

Auch die folgenden Historikertage in Breslau und Graz waren stark von einem politischen Geist bestimmt. Sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Themen verschwanden fast ganz aus dem Programm. 1926 in Breslau stand die Tagung stark im Zeichen der Forschung zu den Ostgebieten und fand daher auch gemeinsam mit einer Konferenz der Osteuropa-Historiker statt. In Graz 1927 wurde der bereits 1924 erörterte großdeutsche Aspekt²⁸ in den Mittelpunkt gestellt. „Ohne Zweifel, man ist beeindruckt von dem hohen Rang der Forschung zu diesen außenpolitischen Grundthemen der deutschen Existenz nach 1919“, stellte Karl Dietrich Erdmann 1968 fest. „Aber diese Themen stehen merkwürdig isoliert, so als ob sie das einzig politisch Wichtige gewesen wären, das der wissenschaftlichen Klärung bedurft hätte.“²⁹

Das Klima der Tagungen wurde insgesamt so stark von politischen Aspekten geprägt, daß sich die Disziplin letztlich bewußt selbst eingrenzte – Interdisziplinarität oder auch nur das Bestreben, dem waltenden Nationalismus in einem gewissen Rahmen wieder Kosmopolitismus entgegenzusetzen, standen weit hinten. Die politische Verengung des Blickes ging sogar so weit, daß sich 1926 der Verbandsvorsitzende Hermann Reinecke-Bloch und das Ausschußmitglied Karl Brandi zunächst vor dem Vorstand dafür rechtfertigen mußten, daß sie im Mai 1926 in Genf an der Gründung der internationalen historischen Vereinigung teilgenommen und den Beitritt des deutschen Verbandes in Aussicht gestellt hatten. Dabei hatten sie zuvor selbstbewußt berichten können, daß ihnen als Vertretern der deutschen Geschichtswissenschaft dort deutliche Achtung widerfahren war.³⁰

Folgt man einer These Bernd Faulenbachs über die deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und Nazidiktatur, so induzierte der Wechsel des politischen Systems „keine wirkliche Neuorientierung der Fachhistorie“, es „dominiert das bewußte Bemühen um Kontinuität gegenüber den Ansätzen einer Revision: in der Themenauswahl und in der Methodologie der Geschichtsschreibung“. ³¹ Mit Rücksicht darauf, daß etwaige neue Ansätze Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre durch den Nationalsozialismus häufig eingeholt und wieder zerstört wurden, kann man für die Historikertage der zwanziger Jahre Peter Schumann wohl zustimmen, wenn er trotz einer gewissen Unzufriedenheit einer Reihe jüngerer Historiker, über die Resonanz der Historikertage in der Presse die These aufstellte, daß „der deutsche Historikertag in ausreichender Weise die deutsche Geschichtswissenschaft repräsentiert“. ³²

II.

Eine ganz andere, aber im Vergleich zur fachlichen Information nicht weniger wichtige Erwartung, die die Besucher des Historikertages der Weimarer Republik zweifellos hegten, betraf den Austausch von Erfahrungen darüber, wie man in der täglichen Praxis des Wissenschaftsbetriebes mit den katastrophalen Auswirkungen der wirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit einerseits und den veränderten Bedingungen des neuen politischen Systems andererseits fertig werden konnte.

Zur Befriedigung dieses Bedürfnisses diente vor allem die Geselligkeit, die vom Anfang der Geschichte der Historikertage an eine maßgebliche Rolle spielte. Dabei ist nicht nur die ungezwungene wissenschaftliche Diskussion in den Pausen der Vorträge gemeint, die dem Historikertag zumindest ein Stück Werkstattcharakter verleihen kann — soweit dies im zumeist zeitlich engen offiziellen Reglement möglich ist.

In der Nachkriegszeit legte man offenbar weitaus bewußter Wert auf die organisierte Geselligkeit als bisher. Dies zeigt allein schon die Tatsache, daß ihr in den Protokollen der Versammlungen zwischen 1924 und 1930 eine eigene Rubrik gewidmet wurde. Dies hatten die Historikertage von 1911/13 noch nicht getan, damals hatte dieser Teil des Kongresses offenbar noch selbstverständlicher zum Stil der Historikertage gehört. Folgerichtig vermißte Gerhard Ritter in den zwanziger Jahren bereits die Atmosphäre der Vorkriegszeit, die durch „große Festmähler mit unzähligen Tafelreden, Begrüßungstelegrammen an Fürsten und Mäzene aller Art, abendliche Bankette mit eigens gedichteten Kommiersliedern und Rundgesängen, scherzhaften Aufführungen und Tänzen, prunkvollen Ausstellungen und literarischen Festgaben in reichster Fülle“ gekennzeichnet war. Dennoch behielt die Versammlung den Rahmen einer „stark betonten, heiteren Ge-

selligkeit; denn die Historikertage waren immer auch eine Art von Heerschau und Jahresfest der Zunft, und die gegenseitige menschliche Berührung der Kollegenschaft ist bis heute einer ihrer Zwecke geblieben.“³³ Einen kleinen Eindruck der Stimmung vermittelt folgender Liedtext, den R. Koebner 1926 dem 15. Historikertag in Breslau widmete:

Gaudeant historiae
 Docti hic congressi,
 Fructus qui memoriae
 Collegerunt messi:
 Heu! quam vitam permolestam
 Rixis acrem, curis moestam
 Isti sunt perpersi.

Aber die fröhliche Stimmung der Gesellschaft kann nicht über den ersten Beigeschmack hinwegtäuschen, der die Besucher der Historikertage in den zwanziger Jahren belastete — auch nachdem sich die schlechte wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit langsam zu verbessern begann. Die Situation der Wissenschaft hatte sich nach 1918 verändert, die ruhige Sicherheit aus der Zeit vor 1914 war dahin. Nach dem politisch-sozialen Umbruch waren die Etats für Universitäten und Institute nun erstmals nicht mehr allein Sache der obrigkeitstaatlichen Verwaltung, sondern Gegenstand öffentlicher Diskussion in Parteien und Parlamenten. Die wissenschaftlichen Einrichtungen konnten nicht mehr wie im Kaiserreich auf die weitgehend selbstverständliche und ausreichende Unterstützung und Förderung durch die jeweiligen Kultusministerien vertrauen, sondern mußten sich überwiegend selbst nach außen behaupten.³⁴

In den Protokollen des Historikertags spielt das Thema Geld über die obligatorischen Danksagungen für ministerielle und kommunale Zuwendungen hinaus kaum eine Rolle. Aber auch der Deutsche Historikerverband litt unter der schwierigen Situation. Theoretisch verfügte er über ein kleines finanzielles Polster, das aus seit 1913 ungenutzten und teils in Krieganleihen angelegten Mitgliedsbeiträgen bestand.³⁵ Der Kassenbericht von 1924 allerdings, der das nominelle Vermögen des Verbandes mit 5000 M beziffert, bezeichnet den reellen Kassenbestand lakonisch als „nicht vorhanden“. Offenbar konnte man nach der Inflation über das Geld schlicht nicht mehr disponieren. (1926 hatte man immerhin wieder einen Barbestand von 398,05 M zur Verfügung.) Noch schlechter stand sich die Konferenz der landesgeschichtlichen Publikationsinstitute, die in einer Entschließung denn auch deutlich darauf drängte, „daß die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln wieder in der früheren Höhe hergestellt werden“.³⁶

Von der wirtschaftlichen Situation waren vor allem auch die jüngeren Wissenschaftler betroffen, deren rege Teilnahme am Historikertag im Ta-

gungsbericht als hochehrföhrlich hervorgehoben wurde. Hochehrföhrlich erschien diese Tatsache dem Vorsitzenden zunächst unter dem Aspekt, daß die während des Krieges gelichteten Reihen des Verbandes geschlossen werden konnten. Was den sozial etablierten Herren Professoren dabei sicherlich weniger wichtig erschien, war das Bedürfnis des wissenschaftlichen Nachwuchses nach Kontakten, die sich hier knüpfen ließen, um sich über die Möglichkeiten auszutauschen, wie die überaus unsichere Situation einer beginnenden wissenschaftlichen Karriere zu meistern sei. Betraf diese doch bei weitem nicht nur die sozial schlechter gestellten Nutznießer der zwar zögerlichen aber doch zunehmenden demokratischen Öffnung der Universitäten in der Zeit der Weimarer Republik. Auch Studenten aus „gutem Hause“ kämpften hauptsächlich aus finanziellen Gründen mit der Entscheidung für oder gegen eine wissenschaftliche Laufbahn. Für die Studenten entspannte sich die problematische soziale Situation häufig auch noch nicht, nachdem sich im Laufe der zwanziger Jahre die Verhältnisse an den Universitäten stabilisiert hatten.

Wissenschaftsmanagement – also vor allem der professionelle Umgang mit dem leidigen Problem der Geldbeschaffung für Institutionen und Projekte – hatte in einer Zeit nationaler wirtschaftlicher Not rapide an Bedeutung gewonnen. Die Konstituierung der Rektorenkonferenz 1920, insbesondere aber die Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im selben Jahr sind dafür berechtete Beispiele. Erstmals kam es zur Schaffung von großen nationalen Organisationen zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen der Wissenschaft nach außen. Eine in erster Linie ideell motivierte Versammlung wie der Historikertag konnte zwar im Grunde keine juristische Hilfestellung geben, wie es solche Organisationen vermochten. Sie konnte aber kraft ihres Renommées direkt oder indirekt an die Gesellschaft appellieren, die Wissenschaft auch materiell nicht aus den Augen zu verlieren. Für viele Beteiligte wird daher die Anwesenheit von Vertretern der Kultur- und Bildungspolitik, wie z.B. des preußischen Staatssekretärs im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Carl Heinrich Becker 1924 in Frankfurt einerseits sicher eine beabsichtigte symbolische Bedeutung gehabt haben. Andererseits bot sie möglicherweise auch ganz konkrete Gelegenheiten, mit dem Staat direkt über die Probleme der Wissenschaft zu verhandeln.

III.

Zusammenfassend kann man sagen: Der Historikertag behielt in den zwanziger Jahren in erster Linie natürlich seine wissenschaftliche Funktion. Sein zentrales Anliegen blieb die Präsentation neuer Forschungsergebnisse. Eine Selbstreflexion allerdings, die zur Diskussion über alte Formen

geführt und sich stärker auf die Wahrnehmung oder gar Förderung neuer wissenschaftlicher Tendenzen konzentriert hätte, fand kaum statt. Der Historikertag diente nicht der Beförderung neuer Ansätze, sondern griff in unsicheren Zeiten auf Bewährtes zurück; tradierte wissenschaftliche Institutionen und Standards wurden kaum auf ihre Adäquatheit hinterfragt, weswegen auch die Gefahr eines methodologischen Streits nicht drohte. Man konzentrierte sich im Gegenteil wieder verstärkt auf die politische Historie und diskutierte vermehrt unter zeitgeschichtlichem Blickwinkel. Dies steht im Zusammenhang mit einer bewußt angestrebten politischen Ausstrahlung des Historikertages, der vor allem die Kriegsschuldfrage, die Problematik der deutschen Ostgebiete sowie die Diskussion über groß- bzw. kleindeutsche Staatlichkeit in den Mittelpunkt rückte.

In institutioneller Hinsicht war mit der personellen Kontinuität des Verbandsvorstandes die inhaltliche und organisatorische Kontinuität der Tagungen stark vorgeprägt. Allerdings zeigt sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine verstärkte wissenschaftspolitische bzw. wissenschaftsorganisatorische Funktion des Historikertages.

Anmerkungen

- 1 Bericht über die vierzehnte Versammlung deutscher Historiker zu Frankfurt a. M. 30. September bis 4. Oktober 1924, Frankfurt a. M. 1926, S. 5.
- 2 Der Verbandsausschuß stand unter Leitung des Frankfurter Neuzeithistorikers Georg Küntzel. Der Vorsitz wurde wie vor dem Krieg an einen Historiker der Stadt vergeben, die den nächsten Historikertag ausrichtete.
- 3 In den folgenden Überlegungen werde ich mich besonders auf den Frankfurter Historikertag von 1924 beziehen, da er in vielerlei Hinsicht die Weichen für die Kongresse der zwanziger Jahre stellte.
- 4 Den Frankfurter Historikertag besuchten 446 Teilnehmer. Der Historikerverband zählte 1924 274 Mitglieder (im Jahre 1913 285 Kongreßteilnehmer bei 362 Verbandsmitgliedern). In Frankfurt überstieg die Zahl der Tagungsteilnehmer zum ersten Mal deutlich die der Verbandsmitglieder, was vor allem mit der Beteiligung der Geschichtslehrer zu erklären ist. Im Anschluß an den Historikertag tagte der bereits 1913 gegründete, aber seitdem nur bedingt aktiv gewordene Verband Deutscher Geschichtslehrer — damit wurde der Rahmen im Vergleich zu 1913 stark erweitert. Vgl. Bericht über die dreizehnte Versammlung deutscher Historiker zu Wien, 16.-20. September 1913, München/Leipzig 1914, S. 41ff. sowie Bericht über die vierzehnte Versammlung (Anm. 1), S. 59ff.
- 5 Im Ausschuß arbeiteten bereits vor dem Ersten Weltkrieg: Georg von Below, Harry Bresslau, Wilhelm Busch, Friedrich Meinecke, Eduard Meyer, Emil von Ottenthal, Karl Brandt, Alphons Dopsch, Joseph Hansen, Oswald Redlich und Aloys Schulte. 1924 wurden neu gewählt: Erich Brandenburg, Paul Kehr, Georg Küntzel, Hermann Oncken und Hermann Reincke-Bloch. Der Ausschuß kooptierte: Johannes Kaerst, Felix Rachfahl (ebenfalls schon vor 1914 im Ausschuß), Fedor Schneider sowie Hans Ritter von Srbik. Fast alle dieser Namen gehören zu den bekannten der zeit-

- genössischen Historiographie. Es muß hier nicht betont werden, daß sich unter ihnen kein weibliches Mitglied befand, obwohl die 1924 festgestellte Verbandsmitgliederzahl inzwischen immerhin elf Frauen einschloß und unter den 446 Kongreßteilnehmern sogar 26 Frauen waren (1913 hatten 13 Damen den Historikertag besucht, von denen allerdings mindestens die Hälfte Professorengattinnen waren).
- 6 Natürlich ist die Wahrnehmung des Spannungsfeldes zwischen Historiographie und Politik alles andere als neu. Vgl. z.B. F. Jaeger/J. Rüsen, *Geschichte des Historismus. Eine Einführung*, München 1992, S. 9, die feststellen, daß besonders der Historismus als „Sprache politischer Interessen und Einstellungen, als außerordentlich wichtiger Faktor der politischen Kultur“ fungiert.
 - 7 Vgl. dazu die einschlägige Untersuchung von K. Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1969 sowie neuerdings: *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von W. J. Mommsen, München 1996.
 - 8 Bericht über die vierzehnte Versammlung (Anm. 1), S. 9.
 - 9 Vgl. dazu zusammenfassend: G. G. Iggers, *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993, S. 26-34.
 - 10 Vgl. zum Zusammenhang zwischen historischer und historiographischer Zäsursetzung die Überlegungen H. Schleiers, *Epochen der deutschen Geschichtsschreibung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts*, in: *Geschichtsdiskurs*, Bd. 1: Grundlagen und Methoden der Historiographieggeschichte, hrsg. von W. Küttler/J. Rüsen/E. Schulin, Frankfurt a. M. 1993, bes. S. 133-137.
 - 11 W. Oberkrome, *Volksgeschichte, Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1993, S. 92.
 - 12 Diese Entwicklung wirkte sich institutionell insofern schnell aus, als die landesgeschichtlichen Publikationsinstitute 1926 eine eigene dreitägige Konferenz veranstalteten. Außerdem wurde 1924 beschlossen, „es solle in Leipzig eine Mittelstelle für deutsche Siedlungsforschung gegründet werden, welche die Aufgabe hat, die weiteren Fortschritte der Siedlungsforschung Deutschlands zu verfolgen und darauf an ihrem Teile hinzuwirken, daß neben der landesgeschichtlichen Bearbeitung der Siedlungsprobleme die allgemeinen deutschen Gesichtspunkte gebührende Beachtung finden.“ Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 47f.
 - 13 Referat Aubins über „Stand und Ziele der historischen Geographie in der Rheinprovinz“, in: Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 51f. Vgl. auch ders., *Die historische Kartographie der Rheinprovinz*, in: ders., *Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen*, Bonn 1925, S. 7-27.
 - 14 Rede G. Küntzels, Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 10.
 - 15 Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 11), S. 92.
 - 16 Aubin, zitiert nach Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 11), S. 92.
 - 17 Referat: „Kampf um die Nordmark“, Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 55.
 - 18 B. Faulenbach, *Selbstverständnis und Leitvorstellungen politischer Historiker in der Krise der frühen dreißiger Jahre*, in: G. Schmidt/J. Rüsen (Hrsg.), *Gelehrten-*

- politik und politische Kultur in Deutschland 1830–1930. Referate und Diskussionsbeiträge, Bochum 1986, S. 169.
- 19 Das Referat über den „Ideengehalt des Metternich'schen Systems“ widmete sich dem Zusammenhang zwischen Weltanschauung und staatsmännischer Persönlichkeit und wandte sich gegen die Auffassung, daß Politiker allein durch momentane Staatsinteressen geleitet seien. Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 17ff.
 - 20 B. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
 - 21 Das Vorhaben Brandenburgs, auf Aktengrundlage „eine quellenmäßig begründete, rein sachliche Darstellung der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg zu geben“, war zunächst vom Kriegsschuldreferat beim Auswärtigen Amt in Berlin aufgegriffen und gefördert worden. Als sich herausstellte, daß Brandenburg im Ergebnis massive Kritik an den politischen Führungspersonlichkeiten der Vorkriegszeit übte, begann das Kriegsschuldreferat ihn inhaltlich zu reglementieren und schließlich den Erscheinungstermin des 1922 fertigen Werkes um etwa zwei Jahre hinauszuzögern. E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege, Berlin 1924, Zitat Pag. VI. Vgl. auch U. Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; C. Friedrich, Erich Brandenburg (1868–1946). Geschichtsauffassung und politisches Urteil, Diss. Freiburg 1995, erscheint Leipzig 1997.
 - 22 Der Text ist ein Jahr später in ergänzter Fassung erschienen: E. Brandenburg, Die Ursachen des Weltkrieges, Leipzig 1925.
 - 23 Brief Hanna Brandenburgs an Werner Kaegi (ohne Datum), PSS Basel, NL Kaegi, Mappe Brardenburg.
 - 24 P. Schumann, Die deutschen Historikertage von 1893 bis 1937. Die Geschichte einer fachhistorischen Institution im Spiegel der Presse, Marburg/Lahn 1974, S. 309.
 - 25 G. Ritter, Die deutschen Historikertage, in: GWU 4 (1953), S. 516.
 - 26 Z.B. veranstaltete die Weltkriegsbücherei Stuttgart-Berg in Verbindung mit der Frankfurter Stadtbibliothek eine Ausstellung der „wichtigeren in- und ausländischen Schriften zur Kriegsschuldfrage“ in den Räumen des Historischen Seminars. Bericht über die vierzehnte Versammlung (Anm. 1), S. 6.
 - 27 Erklärung des deutschen Historikertages vom 3. Oktober 1924, überreicht durch G. Küntzel, Vorsitzender des Verbandes deutscher Historiker, in: Politisches Archiv des AA, Bonn, Akte R 26396, Sch. 167 III.
 - 28 Nachdem den deutschen Historikern dort von Oswald Radlich ein Grußwort des österreichischen Unterrichtsministers Schneider überbracht worden war, kam es zu einem „Bekennnis zur großdeutschen Volksgemeinschaft“. Vgl. W. Oberkrome, Volksgeschichte (Anm. 11), S. 9f. Auch Georg Küntzel hatte seine Genugtuung über die Tatsache kundgetan, daß unter den Rednern dieser Tagung das Saargebiet, Österreich und die deutsche Schweiz besonders stark vertreten seien. Dies „bedeute ein Bekenntnis zur großdeutschen Volksgemeinschaft, die unserm Volke auch in politisch trüben Zeiten eine unverlierbare Weltbedeutung sichere.“ Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 10.

- 29 K. D. Erdmann, Geschichte, Politik und Pädagogik — aus den Akten des deutschen Historikerverbandes. Schlußvortrag auf der 27. Versammlung deutscher Historiker, Freiburg i. Br. 1967, in: GWU 19 (1968), S. 2-21, Zitat S. 19f.
- 30 Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 45.
- 31 B. Faulenbach, Deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und Nazi-diktatur, in: ders. (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland, München 1974, S. 66-85, Zitat S. 66.
- 32 P. Schumann, Die deutschen Historikertage (Anm. 24), S. 2.
- 33 G. Ritter, Die deutschen Historikertage (Anm. 25), S. 515.
- 34 So charakterisieren Thomas Nipperdey und Ludwig Schmußge die Beziehungen zwischen Staat und wissenschaftlichen Einrichtungen bis 1914: „Der Staat, der seiner Machtstruktur nach noch immer wesentlich konservativ bestimmt war, bewies gegenüber der Wissenschaft ein wenn auch nicht uneingeschränktes, so doch besonders hohes Maß von Liberalität, er respektierte und sicherte ihre Freiheit, er stützte, förderte und betrieb ihren Fortschritt.“ Vgl. T. Nipperdey/L. Schmußge, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, Berlin 1970, S. 9f.
- 35 Von 1598,92 M Kassenbestand am 1. April 1913.
- 36 Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 47.